

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckumschrift: Tagesblatt viefca.
Gernuf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsanwalts Weisk.

Postkonto: Dresden 150
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 95.

Mittwoch, 23. April 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kettzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitruben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag: keine Ziffer, Bemerkung: keine Ziffer, wenn der Vertrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. **Verantwortlicher**: Verleger: Otto Winterlich, Riesa. **Verantwortlich für Redaktion**: Heinrich Ublemann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Vor den Reichstagswahlen.

SPD. Der Termin der Reichstagswahlen ist nunmehr in unmittelbare Nähe gerückt. Der Wahlkampf hat bereits das entscheidende Stadium verlassen. Mit einiger Ernüchterung muß man feststellen, daß schon jetzt mit mathematischer Sicherheit der endgültige Ausgang der Neuwahlen errechnet werden kann, ohne daß die Anstrengungen der Parteien, durch Agitation und Propaganda ihre Aussichten zu verbessern, irgendwelchen ausgleichenden Einfluß ausüben vermögen. Es scheint, daß die sichtbaren Erfolge der letzten Jahre die Meinung im Volke hart genug befestigt haben, um irgendwelche besonderen Stimmungsmomente von vornherein auszuschalten. Der Ausgang der diesjährigen Reichstagswahlen wird zweifellos für die Zukunft Deutschlands von großer Bedeutung sein, aber er wird über das Schicksal unseres Volkes keineswegs entscheiden. Wir stehen vor der ersten Aufgabe, den Wohlstand unseres Volkes wieder herzustellen, der Wirtschaft neue Kräfte zuzuführen, die inneren Verhältnisse zu heilen und allmählich die Folgen des Krieges und der Revolution zu überwinden. Der neue Reichstag wird ein ungeheures Arbeitsfeld antreffen, das er nur durch harte Arbeit, nicht aber durch die Verschönerung des Meinungskampfes zu bewältigen vermag. Schon jetzt hat die Repts die Forderung gestellt, die gesetzgeberischen Arbeiten einzuleiten, damit die Durchführung der Sachverständigenvorschläge sicher gestellt werden kann. Die neue Regierung wird in erster Linie die außenpolitische Lage des Reiches zu befestigen haben, und sie wird bei ihren Entscheidungen in hartem Maße abwägen haben, ob es für Deutschland besser sein wird, ein Uebereinkommen mit der Gegenseite zu treffen, um wieder in Frieden arbeiten zu können, oder ob es unmöglich ist, weiter den Druck der auswärtigen Feinde auf das deutsche Volk zu laden. Zur Stunde kann man jedenfalls noch nicht sagen, ob es möglich sein wird, unter schweren Opfern eine mehrjährige Atempause zu erkaufen, damit Deutschland aus dem entsetzlichen Zustand der dauernden Krisen und der Sanktionsmaßnahmen Poincarés herausgeführt wird. Es ist nur so viel gewiß, daß unser Volk dringend auf eine allmähliche Erholung angewiesen ist und nicht in der Lage sein wird, sich aus den Folgen der letzten Erschütterungen wieder zu erheben, wenn ihm nicht die freie und ungehinderte Entfaltung seiner Kräfte gesichert wird.

Die extremen Parteien von rechts und links fordern eine einmütige und entschlossene Lösung. Ihr Endziel ist nicht ohne vorherige fruchtbarer Erschütterungen zu erreichen. Innerer Auseinandersetzungen, auswärtiger Konflikte wären die unmittelbare Folge eines Wahlsieges der radikalen Parteien, die wohl selbst im entferntesten sich nicht der Hoffnung hingeben, schon jetzt aus Ruder zu gelangen. Diese Parteien sind vorläufig auf die Opposition eingeklinkt und sie werden offenbar nicht die Fähigkeit aufbringen, um aus der scharfen Oppositionshaltung heraus sofort zur positiven Regierungsarbeit überzugehen zu können. Daraus wird auch die Notwendigkeit vorhanden sein, die extremen Parteien bei den Wahlen nicht allzu hoch in den Vordergrund treten zu lassen. Am Gegenüber zu den Deutschvölkischen haben sich jedoch die Deutschnationalen darauf eingestellt, sofort praktische Regierungsarbeit zu leisten. Allerdings stehen sie vor schwierigen Aufgaben, und man sieht schon jetzt die Möglichkeit voraus, daß sie einen großen Teil ihres ideellen Programms zunächst in den Hintergrund treten lassen müssen. Jeder politische Klardenker weiß, daß eine gewisse Stetigkeit in der Regierungspolitik ganz unerlässlich ist, und daß man nicht von heute auf morgen eine vollständige Umkehrung der gesamten politischen Verhältnisse herbeiführen kann, ohne sich dabei schwersten Konflikten auszuliefern. Seit Monaten hat England eine Arbeiterregierung, aber niemand wird sagen können, daß er eine sehr wesentliche Änderung der englischen Politik beobachtet hätte. Daraus ist der englische Parlamentarismus zweifellos überlegen, daß er durch jahrelangere Schulung die notwendigen Voraussetzungen für die große Politik erkannt hat. Deutschland hat bereits in den letzten Monaten durch die Einleitung der Politik der Marxabilisierung und der Festigung seiner inneren Verhältnisse eine neue Ära begonnen. Es handelt sich jetzt nur darum, daß das Tempo der Aufwärtsentwicklung in Deutschland soweit als irgend möglich beschleunigt wird. Niemand wird das Risiko auf sich nehmen können, den Erfolgsprozess aufhalten zu wollen. Es besteht aber die Gefahr, daß gewisse politische Kreise durch gewalttätige Eingriffe die Dinge vorwärtsdrücken wollen. Diese Gefahr muß aber abgewendet werden, ganz gleich, wer sie heraus beschwört. Politische Entwicklungen vollziehen sich nur auf einer ganz großen Linie, und diese Linie zu verfolgen wollen, heißt, Verantwortungsbildung anstelle von Aufbahrung zu leisten. Aus diesen Erwägungen heraus ist es immerhin zu begrüßen, mit welchem Interesse die weitaus größte Volksschicht an dem gegenwärtigen Wahlkampf teilnimmt und damit den Beweis für ihre politische Reife erbringt.

Die Wahlen von 1924 werden für das deutsche Volk eine wichtige Vorstufe zu seiner politischen Entwicklung werden, ganz gleich, ob die eine oder die andere Partei den Sieg davon tragen wird.

23 Reichswahlvorschläge zugelassen.

(Berlin. Der Reichswahlprüfungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung 23 Reichswahlvorschläge zugelassen, nämlich von folgenden Wählergruppen: Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationaler Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei, Bayer. Volkspartei, Kommunistische Partei Deutschlands (unter der Bezeichnung Liste der Kommunisten), Bayerischer Bauernbund, Deutschvölkische

Freiheitspartei und Nationalsozialistische Arbeiterpartei (unter der Bezeichnung Vereinigte Liste der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei), Deutsch-Bannoverische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Bund der Bauern, Christlich-sozialer Volksdienst, Deutsche Arbeiterpartei, Deutsche Sozialistische Partei, Freiwirtschaftsbund N. N., Bauern-Bund, Nationalliberale Vereinigung (unter der Bezeichnung Landesliste), Mieterbund und Bodenrecht (unter der Bezeichnung Partei der Mieter), Nationale Freiheitspartei, Nationale Minderheiten Deutschlands, Republikanische Partei Deutschlands, Sozialistischer Bund.

Nicht zugelassen wurden, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt waren, die Reichswahlvorschläge folgender Wählergruppen: Parteilose Wirtschaftsgemeinschaft, Bannoverscher Mittelstandsbund, Freiwirtschaftsbund N. N., ein der aus Neunruppin veripäpät eingereichten Fassung, Deutscher Staatsbürgerbund.

Eine Wahlrede des Reichskanzlers.

* St. Maria n. Reichskanzler Dr. Marx, der die Osterferien am Kreise seiner Familie in St. Maria n. verbrachte, hielt gestern nachmittags in einer Versammlung der hiesigen Reichspartei eine Rede, in der er den 4. Mai als den Schicksalstag des deutschen Volkes bezeichnet. Nach wie vor stehen wir auf den alten Grundfesten unserer Freiheit und Recht, die in Worte gekleidet sind, für Wahrheit, Freiheit und Recht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Christentum die innere und äußere Politik beherrschen muß. Mit dem Gebote des Christentums ist es nicht zu vereinbaren, wenn Frankreich den Krieg wirtschaftlich loszulassen verweigert und widerrechtlich das Ruhrgebiet besetzt hält. Wenn wir heute in den Völkerbund noch nicht eingetreten sind, so hat dies seine Ursache darin, daß wir mit den uns an unseren Beitritt geknüpften Bedingungen nicht einverstanden sein können. Man verlangt von uns von neuem die Anerkennung des Vertrages von Versailles und Anerkennung der heutigen Staatsgrenzen. Niemand können wir angeben, das deutsche Gebiet in Schellen und im Saarlande dauernd vom Mutterlande getrennt wird. Niemals können wir dulden, daß der polnische Korridor deutsches Land vom Mutterlande abtrennt.

In längeren Ausführungen wandte sich der Kanzler innenpolitischen Fragen zu und erklärte, daß er die Deutschvölkischen aus vollster Ueberzeugung bekräftigt. Bei der Besprechung von Währungsfragen führte der Kanzler aus, daß unsere Währung eine normale Inflation nicht auszuhalten vermöge. Darum müssen die schweren Eingriffe auch bei der Landwirtschaft und die Eingriffe in die Substanz der Wirtschaft nach für einige Zeit getragen werden. Mit dem Appell an das Bewußtsein der deutschen Volksgemeinschaft und an die Wähler, am 4. Mai ihre Pflicht zu erfüllen, schloß der Reichskanzler seine Ausführungen.

Das diplomatische Vorpiel im Gange.

Die diplomatischen Erörterungen zwischen London, Paris, Brüssel und Rom über die **Gutachten der Sachverständigen** sind zur Zeit in vollem Gange. Von hervorragender Seite erfährt der außenpolitische Mitarbeiter des „Berliner Weltendienstes“:

Die Reichsregierung hat ihrerseits diplomatische Schritte unternommen, um die Auslichtung der Sachverständigenvorschläge kennen zu lernen und ihrerseits weitere Vorbereitungen zu treffen. Nach den Mitteilungen von maßgebender diplomatischer Seite sind die **bisherigen Ergebnisse** der Schritte der deutschen Regierung als **durchaus günstig** zu bezeichnen. Besonders in England und Italien ist man sich entschlossen, so schnell wie möglich eine Lösung der schwebenden Probleme herbeizuführen, weil man hofft, daß dann ein Zustand weitgehender Veruhigung in Europa eintreten werde. Wenn Deutschland durch seine Haltung beweisen, eine lokale Erfüllungspolitik betreiben zu wollen, so werde man auch den Zustand voraus sehen können, daß die Kriegsspannung in Europa langsam verschwinden und einem Geist der gegenseitigen Verständigung Platz machen wird. Die französische Politik liege zweifellos vor einem entscheidenden Wendepunkt, und es beständen gewisse Aussichten dafür, daß der bisherige Kurs Poincarés in seiner außerordentlich unmagischen Starrheit nicht aufrecht erhalten werden kann. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen England und Sowjet-Rußland sei ebenfalls eine glückliche Regelung eingetreten, wobei sich die Kabinette in London, Rom und Brüssel in voller Uebereinstimmung darin befinden, daß Europa aus dem Zustand der Kriegsgefahren heraus geführt werden kann.

Poincaré bekräftigt den Empfang der Gutachten.

* Paris. Die französische Regierung hat der Reparationskommission schriftlich den Empfang des am Sonntag offiziell zugestellten Sachverständigenberichtes bekräftigt. Es handelt sich um einen Brief, den Poincaré an Barthou als Vorsitzenden der Reparationskommission gerichtet hat. In dem Schreiben wird über eine Einkerbung des französischen Kabinetts zu den Sachverständigengutachten nichts gesagt. Poincaré beschränkt sich darauf, Barthou zu der Schnelligkeit zu bekräftigen, mit der die Reparationskommission ihre Entscheidungen getroffen hat. Ferner dringt er den Wunsch zum Ausdruck, daß die Kommission mit derselben Eilfertigkeit die Berichtigen der Sachverständigenempfehlungen durchführe. Schließlich steht in dem Brief, die französische Regierung werde bemüht sein, im Einverständnis mit den alliierten Regierungen die politischen, mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen zu regeln. Der **Matin** bezeichnet es als wünschenswert, daß die Repa-

rationskommission sich auch darüber äußert, welche Fragen zur Behandlung den Regierungen anzuweisen werden sollen und welche von ihr selbst geregelt werden würden. Weiter schreibt das Blatt: Sobald die Arbeit beendet ist, und die französische Regierung sich im Besitz eines vollständigen Reparationsprogramms befindet, werde sie mit den Verbündeten die Ausprüche über die von der Reparationskommission aufgestellten Maßnahmen eröffnen.

England drückt auf Gite.

* London. Wie weiter zu wissen glaubt, wird die britische Regierung in zwei bis drei Tagen der Reparationskommission in der Frage der Sachverständigenberichte ihre Antwort erteilen. In Londoner Kreisen vertritt man die Auffassung, es komme hauptsächlich darauf an, daß der Sachverständigenbericht so schnell wie möglich angenommen und in die Tat umgesetzt werde. Sobald dies geschehen ist, könnten sich die Verbündeten mit anderen Problemen befassen. Hinsichtlich einer interalliierten Konferenz oder einer Vereinigung der verbündeten Premierminister ist hier nichts bekannt.

Die Verhandlungen unter den Ententemächten.

* Paris. Die Besprechungen zwischen Paris und London einerseits und Brüssel andererseits über die Expertenberichte sind auch während der Feiertage nicht unterbrochen worden. Ueber den Inhalt der Verhandlungen ist in Paris nichts bekannt. Auch die Abendblätter erörtern sich in unbestimmten Vermutungen. Des belgische Vorwärtler in London ist, wie die Abendpresse erklärt, bereits wieder nach Brüssel abgereist. Auch zwischen Paris und Rom sind, wie man neuerdings hört, Verhandlungen über die Sachverständigenberichte im Gange. Zwischen Rom und Brüssel sind neue Verhandlungen eingeleitet.

Die Besatzungskosten.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete veröffentlicht die vierte Denkschrift über die Besatzungskosten mit einem Anhang über die Ausgaben Deutschlands für die internationalisierten Kommissionen nach dem Stand vom 31. Dezember 1923. Die Denkschrift ist nach allen in Betracht kommenden amtlichen Quellen, insbesondere auch nach den Quellen, die die amtlichen französischen Druckereien ergaben, bearbeitet, liefert also einwandfreies Material. Aus dieser Denkschrift haben wir bereits vor einigen Tagen die Höhe der finanziellen Belastung Deutschlands durch die Besatzung mitgeteilt.

Der Abschnitt über die Besatzungskosten entnehme wir das Folgende: Vor der Besetzung der Rheinlande durch die alliierten Truppen standen dort an deutschen Truppen im altbesetzten Gebiet (einschl. des sog. Sanktionsgebietes Düfeldorf, Duisburg-Ruhrort) und 75000 Köpfe in 30 Garnisonorten, in dem Gebiete des Ruhrbruchs, das zur neutralen Zone gehört, überhaupt keine deutschen Truppen. Gelegentlich der Versäuflichen Verhandlungen machte der französische Minister Loucheur Vorforderungen, wonach die Besatzung im Rheinland die früher deutsche Friedensbesatzung nur wenig übersteigen sollte. Die Wirklichkeit ist aber geradezu ein Söhn auf diese Forderung von verantwortlicher amtlicher Stelle. Die Stärke der französischen Besatzungsarmee am Rhein (zusammengerechnet nach den französischen Haushaltsplänen und Kommandobereichen) betrug 1920 an Offizieren und Mannschaften 88 550, 1921 88 042, 1922 90 419, 1923 im altbesetzten Gebiet 108 584, im Ruhrgebiet 55 120, zusammen in 1923 161 704, 1924 im altbesetzten Gebiet 94 883, im Ruhrgebiet 52 715, zusammen 147 540.

Das auf der Pariser Finanzkonferenz vom 11. März 1922 zwischen den alliierten Finanzministern abgeschlossene Abkommen, das grundlegende Vereinbarungen der beteiligten Besatzungsmächte auch über die Besatzungskosten enthält ist auf folgenden Stärken der einzelnen Besatzungsarmeen aufgebaut: belgische Armee 19 300 Köpfe, britische Armee 15 000 Köpfe, französische Armee 90 400 Köpfe. Ein Vergleich mit vorkrieglicher Ueberlicht ergibt, daß die unter den Alliierten vereinbarte Besatzungsstärke von der französischen Armee in den Jahren 1922-24 sehr erheblich überschritten worden ist.

Ueber die Stärke der Besatzungsarmeen ist ferner folgendes bekannt: Bereits am 15. September 1922 standen nur im altbesetzten Rheinland 1995 Amerikaner, 29 327 Belgier, 10 310 Engländer, 106 033 Franzosen, insgesamt 147 665 Köpfe. Gegenüber den auf der Pariser Finanzkonferenz vom 11. März 1922 vereinbarten Stärken bedeuteten diese tatsächlichen Stärken eine Ueberbesatzung von rund 12 000 Franzosen und 10 000 Belgiern, während die britische Armee mit rund 5000 Köpfen unter dem im genannten Abkommen vorgeschriebenen Stande zurückblieb. Neben man zu den 147 665 Mann Besatzung im altbesetzten Gebiet noch die Besatzung im Sanktionsgebiet und im Ruhrgebiet hinzu, so wird sich die Gesamtstärke der zurzeit in all diesen Gebieten befindlichen Besatzungstruppen um 200 000 Mann bewegen. Gegenüber den 30 deutschen Friedensgarnisonen im alt- und neubesetzten Gebiet waren bereits am 15. September 1922 nur im altbesetzten Gebiet 220 Orte von den Besatzungstruppen und von Teilen der Rheinlandkommission belegt, und zwar von Amerikanern 15 Orte, von Belgiern 53 Orte, von den Engländern 18 Orte und von den Franzosen 134 Orte, zusammen 220 Orte. Die Gesamtzahl der heute mit Truppen usw. besetzten deutschen Orte wird sich auf etwa 300 belaufen; sie hat sich also gegenüber den deutschen Friedensgarnisonen etwa verdreifacht.